

## Wirtschaftsförderung

# Aargauer Regierungsrat will für 8,5 Millionen Franken der Greater Zurich Area beitreten

30.09.2025, Dominic Kobelt

Von einer Mitgliedschaft erhofft sich der Regierungsrat mehr Ansiedlungen von wertschöpfungsstarken Firmen aus dem Ausland. Der Verpflichtungskredit dürfte im Grossen Rat umstritten sein.

Der Aargau war bereits von 2007 bis 2010 Mitglied der Greater Zurich Area (GZA). Die Vermarktungsorganisation bemüht sich um Standortmarketing im Ausland. Elf Kantone und Städte bilden diesen Wirtschaftsgrossraum Zürich, darunter Graubünden und das Tessin.

Der positive Effekt blieb aus: «Die Mitgliedschaft war zu kurz für eine wirksame Vermarktung, der Kanton hatte wenig Erfahrung mit Ansiedlungsprojekten und vor allem fokussierte die GZA damals auf steueroptimierende Unternehmen, für die der Kanton Aargau nicht interessant war», schreibt der Regierungsrat in einer Botschaft. Denn er möchte nun in die Organisation zurück: «Heute passen die strategische Ausrichtung der GZA und des Wirtschaftsstandorts Aargau sehr gut zusammen.»

Der Aargau soll aufholen: Man wolle die «unbestritten gute Standortqualität besser nutzen», die Wertschöpfung steigern und Arbeitsplätze schaffen, heisst es in der Botschaft. Über die Vermarktungsorganisation sollen ausländische Unternehmen direkt angesprochen und auf den Standort Aargau aufmerksam gemacht werden. Bisher sei der Kanton als einer der wenigen in der Vermarktung im Ausland kaum aktiv. «Das soll mit dem Beitritt zur GZA geändert werden, der kosteneffizienter und risikoärmer als der Aufbau einer eigenen Auslandsvermarktung ist.»

## 8,5 Millionen Franken und zwei neue Stellen

Der Beitritt erfordert einen Verpflichtungskredit von 8,5 Millionen Franken für sechs Jahre (2027 bis 2032). Dieser beinhaltet den Mitgliederbeitrag und zwei zusätzliche Stellen bei der kantonalen Standortförderung. Diese seien notwendig, schreibt der Regierungsrat, um die von der GZA vermittelten Unternehmen «in der Entscheidungs- und Umsetzungsphase einer Ansiedlung optimal zu betreuen». Gleichzeitig will er die Standortförderung in den Regionen stärken. Dies durch sogenannte «Potenzialräume»: Gemeindegruppen mit wirtschaftlichem Potenzial können sich für gemeinsame professionelle Standortförderung zusammenschliessen. Der Kanton übernimmt bis zu 50 Prozent der Kosten sowie koordinierende Aufgaben. Dafür ist ein weiterer Kredit für 4,5 Millionen Franken beantragt.

In der Anhörung gingen 29 Stellungnahmen ein. Die Kritikpunkte habe man mit einer Verkürzung der ersten Periode der Mitgliedschaft (ursprünglich waren acht Jahre geplant) und Anpassungen bei den Stellen aufgenommen. Ob dies reicht, um eine Mehrheit im Grossen Rat zu überzeugen, ist fraglich: So hatte die SVP von Beginn weg Opposition angekündigt. Fraktionspräsident Pascal Furer sagte Anfang Jahr zur AZ: «Es ist völlig weltfremd, zu glauben, irgendeine Firma komme zu uns, weil wir an einer Gewerbeausstellung in Taiwan Aargauerföhnli verteilen.» Der Beitritt sei Geldverschwendung, es müsse in bessere Rahmenbedingungen investiert werden.

## FDP und Gewerbeverband äusserten Kritik

Als die Aargauer Regierung im Mai die strategischen Ziele für die nächsten zehn Jahre präsentierte, äusserten sich die Freisinnigen negativ zum «teuren Standortförderungsprogramm». Und auch der Aargauische Gewerbeverband (AGV) respektive ihr Präsident Benjamin Giezendanner liess Kritik verlauten. Zwar erklärte der SVP-Nationalrat, dass der AGV «grundsätzlich den Gedanken der Standortpromotion» unterstütze. Doch sei es fraglich, «sich einseitig auf die Greater

Zurich Area auszurichten».

Während sich AGV-Präsident Giezendanner kritisch äusserte, sprach sich die Gemeindeammänner-Vereinigung unter Patrick Gosteli (ebenfalls SVP) für einen Beitritt aus. Genauso die SP. «Erstens profitiert der Kanton von einer stärkeren internationalen Vernetzung und erhöhten Investitionen», schreibt die Partei in der Vernehmlassungsantwort. Zweitens verbessere sich die Attraktivität für hochqualifizierte Fachkräfte und innovative Unternehmen. «Drittens stärkt die Zusammenarbeit mit anderen Kantonen die regionale Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit.»

Auch die Mitte fand in der Anhörung positive Worte für einen Beitritt zur GZA: «Damit auch ausserkantonale und ausländische Märkte auf den Kanton Aargau aufmerksam werden, müssen wir über eine professionelle und etablierte Regionalorganisation einen direkten Zugang erhalten», schreibt die Partei. Für die Grünen halten sich Pro und Contra die Waage. Sie geben deshalb in der Anhörung keine Empfehlung ab.



«Wir wollen gezielt Unternehmen mit hoher Wertschöpfung ansiedeln», sagte Regierungsrat Dieter Egli bereits beim Jahresanlass vom Hightechzentrum Aargau 2021. Bild: Andre Albrecht